

INTERVIEW MARIO CZAJA (CDU)

# „Warum soll Merz nicht Kanzlerkandidat sein?“

Für den Generalsekretär steht die Position des Parteichefs außer Zweifel. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) bezeichnet er als den Schuldenminister schlechthin.

Herr Czaja, der Bundeskanzler sagt, CDU und CSU hätten die Bundeswehr kaputtgespart. Hat er mit diesem Vorwurf recht?

**CZAJA** Nein! Wir haben in den vergangenen Jahren immer wieder Vorschläge eingebracht, um die Bundeswehr zu stärken und den Wehretat zu erhöhen. Diese sind regelmäßig von der SPD, unserem Koalitionspartner damals, abgelehnt worden. An vorderster Front durch den damaligen Finanzminister Olaf Scholz. Er sollte sein Gedächtnis auffrischen und sich ehrlich machen.

Aber wahr ist doch auch, dass mit dem damaligen Verteidigungsminister Karl-Theodor von Guttenberg von der CSU der Spar- und Reformkurs begonnen hat. Und danach folgten CDU-Minister im Verteidigungsministerium.

**CZAJA** Es gab doch lange Zeit keine gesellschaftliche Mehrheit für die Stärkung der Bundeswehr. Alle wählten sich in einer stabilen Friedensordnung. Das gehört zur Wahrheit dazu. Es geht jetzt um die bessere Ausstattung der Truppe, um die Reform des Beschaffungswesens. Da hilft der Blick zurück nicht. Denn die Welt ist inzwischen eine andere.

INFO

Der Neue im Konrad-Adenauer-Haus

**Werdegang** Mario Czaja (46) wurde in Ost-Berlin geboren. Er war von 2011 bis 2016 Berliner Senator für Gesundheit und Soziales. Im Januar wurde er als Mitglied im Team Merz zum Generalsekretär gewählt.

**Persönliches** Czaja ist verheiratet und hat eine Tochter. Er wohnt in Marzahn-Hellersdorf. Sein jüngerer Bruder Sebastian ist FDP-Fraktionschef in Berlin.

Es fehlt auch an Personal. Wo sollen neue Soldaten herkommen?

**CZAJA** Wir brauchen eine neue Form von Wertschätzung für die Bundeswehr. Und damit einhergehend auch Möglichkeiten, dass die Bundeswehr junge Menschen über ihre Arbeit und die möglichen Betätigungsfelder informieren kann. Zum Beispiel auch – durch Lehrkräfte begleitet – an Schulen. Das wollen SPD und Linke nicht. Nur wenn die Soldatinnen und Soldaten mit jungen Menschen in den Austausch treten können, bleibt die Bundeswehr letztendlich eine Armee der Bürger.

Beim Sondervermögen hat sich die Union am Ende mit der Ampelkoalition geeinigt. Wann endet aus ihrer Sicht die Kooperation?

**CZAJA** Hier geht es darum, dass Demokratien auch gegen Autokratien ihre Wehrhaftigkeit zeigen. Da stehen Demokraten zusammen. So haben wir etwa dafür gesorgt, dass es einen gemeinsamen Beschluss im Bundestag gegeben hat, der die Ukraine in ihrem Überlebens- und Freiheitskampf unterstützt. Doch noch ist fast nichts geliefert. Leider bleibt der Kanzler wieder hinter seinen vollmundigen Ankündigungen zurück. Das werden wir ihm nicht durchgehen lassen.

Minister Lindner will eine umfassende Steuerreform. Wäre das auch ein Punkt, wo Sie kooperieren würden?

**CZAJA** Christian Lindner ist schon jetzt der größte Schuldenminister in der Geschichte der Bundesrepublik. Ich bin erstaunt, was die FDP alles an finanzpolitischen Kapriolen zulässt. Ich sage aber auch: Eine Steuerreform ist zwingend erforderlich. Wir haben bereits zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger gegen die hohen Energiepreise konstruktive Vorschläge unterbreitet und werden dies im Kampf gegen die rasant steigende Inflation auch weiterhin tun. Die kleinen und mittleren Ein-

kommen brauchen mehr Netto vom Brutto, deshalb muss man die Kalte Progression anpacken. Auch an den Freibeträgen muss man dann arbeiten. Mit einer klugen und ausgewogenen Steuerreform wird Christian Lindner nicht an uns, sondern wenn dann nur an seinen Koalitionspartnern scheitern.

Nun überlagert der Ukraine-Krieg fast alles. Hat das Einfluss auf das neue Grundsatzprogramm der CDU?

**CZAJA** Ja. Wir sehen, dass unser Modell einer freiheitlichen und rechtsstaatlichen Demokratie in verschiedenen Regionen der Welt unter Druck geraten ist. Auch ist eine möglichst enge wirtschaftliche Verflechtung kein Garant für gesellschaftlichen Wandel. Das stellt uns vor neue Herausforderungen. Und die werden sich auch inhaltlich und programmatisch in unserem Grundsatzprogramm widerspiegeln. Wenn der Krieg einmal endet, können wir nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Wir brauchen einen verlässlichen Kompass für unser Land.

Die Frage der Stärkung von Frauen im neuen Grundsatzprogramm bleibt aber umstritten. Warum tut sich die Union damit so schwer?

**CZAJA** Tut sie sich nicht. Wir wollen, dass mehr Frauen in der Union Verantwortung tragen und mehr Frauen Mitglieder werden. Unser Ziel ist die Gleichstellung von Mann und Frau.

Die Gleichstellung musste allerdings erst mühsam reinverhandelt werden ins Programm. Kommt denn nun auch die Quote?

**CZAJA** Unser Ziel heißt Parität. Unsere Struktur- und Satzungskommission hat dazu Vorschläge entwickelt, und diese werden wir im September dem Parteitag vorlegen. Ich werde dafür, dass dieser Vorschlag angenommen wird.



FOTO: MICHAEL KAPPELER/DPA

Friedrich Merz ist Partei- und Fraktionschef, Hendrik Wüst und Daniel Günther sind die großen Wahlgewinner. Wer hat jetzt die Hosen an in der CDU?

**CZAJA** Hendrik Wüst und Daniel Günther haben gezeigt, dass die CDU in einer sehr breiten Formation Verantwortung in den Ländern übernehmen kann, gemeinsam mit vielen Frauen und Männern in un-

seren Reihen. Aber Friedrich Merz ist der starke Mann in der Union. Es ist ihm maßgeblich zu verdanken, dass wir so schnell nach der verlorenen Bundestagswahl wieder Tritt gefasst haben.

2025 wird Merz 70. Nach eigenen Aussagen ist das kein Grund, nicht als Kanzlerkandidat anzutreten. Stimmen Sie dem zu?

**CZAJA** Die Frage stellt sich aktuell noch nicht, aber grundsätzlich teile ich diese Aussage. Ich erlebe Friedrich Merz als sehr kraft- und schwungvoll. Da muss auch ich als 46-Jähriger erst einmal mithalten. Ich sehe nicht, warum er im Jahr 2025 nicht als Kanzlerkandidat antreten sollte.

HAGEN STRAUSS STELLTE DIE FRAGEN.

## Der Kardinal, der Papst und die Frist

Woelkis Rücktrittsgesuch ist hinfällig, weil Franziskus nicht reagiert hat. Entschieden ist damit nichts.

VON LOTHAR SCHRÖDER

**KÖLN** Über das Rücktrittsgesuch des Erzbischofs von Köln, Kardinal Rainer Maria Woelki, hätte Papst Franziskus als Oberhaupt der katholischen Kirche nach Kirchenrecht eigentlich innerhalb von drei Monaten entscheiden müssen. Diese Frist hat Franziskus jetzt aber verstreichen lassen. So hatte Woelki in seinem Hirtenbrief vom 2. März dem Heiligen Vater sowohl seinen Dienst als auch sein Amt als Erzbischof von Köln zur Verfügung gestellt. Dieses Angebot ist nun nichtig geworden. Heißt das aber automatisch, dass Rom damit den Verbleib von Kardinal Woelki in seinem Amt als Kölner Erzbischof beschlossen hat?

Der Bonner Kirchenrechtler Norbert Lüdecke bestätigt zwar, dass mit dem Ablauf der Frist das Rücktrittsgesuch von Kardinal Woelki „hinfällig“ sei, entschieden sei damit aber noch nicht viel: „Weil der Papst über dem Recht steht und an diese Dinge nicht gebunden ist. Der Papst ist jederzeit frei, einen Bischof, den er seelsorglich nicht mehr für fruchtbar hält, aus seinem Amt zu nehmen.“ Nach seinen Worten setzt der Papst einen Bischof ins Amt und kann ihn jederzeit auch wieder herausnehmen. Es müssen dafür nicht ein-

mal strafrechtliche Vergehen vorliegen. „Es reicht völlig aus, wenn der Heilige Vater der Überzeugung ist, dass in einem Bistum oder Erzbistum eine fruchtbare Seelsorge nicht mehr möglich erscheint und das Verhältnis zwischen Bischof und Volk zerrüttet ist. In Köln gibt es genügend Stimmen und Indizien, die nahelegen können, dass dies der Fall ist“, sagte Lüdecke unserer Redaktion.

Das Rätselraten um die Zukunft des krisengeschüttelten Erzbistums und seines Erzbischofs geht also weiter. Das Problem dabei sei, dass

weder von den Berichten der beiden Visitatoren vom vergangenen Sommer noch des Administrators Rolf Steinhäuser inhaltlich irgendetwas bekannt wäre. „Das hat die Transparenz einer Dunkelkammer“, so Lüdecke. „Niemand kennt wirklich die Argumentation. Das heißt: Auch die Überprüfung, ob Woelki sich etwas hat zuschulden kommen lassen, läuft unter Bischöfen und Kardinälen. Das ist eine Sache, die allein unter Brüdern entschieden wird. Und irgendwann kommt dann aus Rom der Hinweis: Es ist alles in Ordnung. Mir sagen Leute, das sei doch verrückt. Worauf ich entgegne: Nein, das ist katholisch.“

Zumal der Papst letztlich nicht an das Recht gebunden ist. „Diese Kirche ist kein Rechtsstaat; es gibt keine Rechtssicherheit. Es ist ein politisches Recht in der Hand des Papstes. Wenn der Heilige Vater meint, es sei in Ordnung, sich daran zu halten, dann macht er es. Und wenn nicht, macht er es eben nicht“, sagt der 63-jährige Kirchenrechtler, der auch Woelkis Hirtenbrief vom Aschermittwoch dieses Jahres für zumindest problematisch hält. „Wenn Woelki in seinem Hirtenbrief schreibt, dass er als Ausdruck seiner inneren Freiheit dem Heili-

gen Vater sein Amt zur Verfügung gestellt habe, sodass auch er frei ist zu entscheiden, was dem Wohl der Kirche von Köln am meisten dient, so dokumentiert das für mich doch ein überraschendes Selbstbewusstsein, das auch kirchenrechtlich grenzwertig ist. Der Kardinal von Köln gewährt dem Papst nämlich überhaupt keine Freiheit. Der Papst kann schlichtweg jederzeit frei entscheiden – und damit ist das Spiel auch nach Ablauf der Frist durchaus offen.“

Eine solche Frist ist kein Kölner Sonderfall, sondern gilt für alle Rücktrittsgesuche von Bischöfen. Eine Ausnahme gibt es nur bei Diözesanbischöfen, die im Alter von 75 Jahren ihren Rücktritt einreichen müssen. Vor Kardinal Woelki hatte schon der Kölner Weihbischof Dominikus Schwaderlapp um seinen Rücktritt gebeten, nachdem ihm im Gercke-Missbrauchsgutachten acht Pflichtverletzungen vorgeworfen worden waren.

Auch bei ihm gab es aus Rom innerhalb der Frist keine Antwort. Erst ein halbes Jahr später kam die Nachricht, dass er im Amt bleiben dürfe, aber für ein knappes Jahr „als einfacher Priester“ im Ausland wirken solle. Schwaderlapp entschied sich für die kenianische Erzdiözese Mombasa. Er wird im Sommer wieder nach Köln zurückkehren.

## Bundestag berät Neuregelung der Sterbehilfe

**BERLIN** (epd) Der Bundestag will noch vor der Sommerpause über eine Neuregelung der Sterbehilfe beraten. Wie aus der am Freitag veröffentlichten Tagesordnung hervorgeht, ist für den 24. Juni eine erste Lesung der bislang vorliegenden Gesetzentwürfe geplant. Das Parlament hatte vor gut zwei Wochen eine erste Orientierungsdebatte zu dem Thema abgehalten. Für den 24. Juni stehen drei Entwürfe zur Debatte sowie ein Antrag zur Suizidprävention.

Das Bundesverfassungsgericht hatte 2020 das Verbot organisierter Suizidassistenten gekippt. Bei dieser Form der Sterbehilfe wird einem Sterbewilligen ein todbringendes Medikament überlassen, das er selbst einnimmt. Die Karlsruhe Richter urteilten, dass das Recht auf selbstbestimmtes Sterben auch das Recht umfasst, für einen Suizid Hilfe in Anspruch zu nehmen. Einer der vorliegenden Vorschläge sieht vor, die auf Wiederholung angelegte Hilfe bei der Selbsttötung zu verbieten, dabei aber Ausnahmen zuzulassen. Ein anderer Vorschlag lehnt eine erneute strafrechtliche Regelung ab und will eine umfassende Beratung zur Voraussetzung einer Suizidassistenten machen. Ein dritter Vorschlag differenziert zwischen Menschen, die in medizinischer Notlage sind und solchen, die das nicht sind.

## Landkreise warnen vor Haushaltslücken

**DÜSSELDORF** (dpa) Die 31 Kreise in NRW befürchten ab 2023 erhebliche Haushaltslücken. Die Hilfen von Bund und Land für die Kosten der Corona-Pandemie reichten nicht, um der angespannten Finanzsituation in vielen Kommunen entgegenzuwirken, teilte der Landkreistag NRW am Freitag in Düsseldorf mit. Der Ukraine-Krieg und der Einbruch globaler Lieferketten brächten weitere Risiken mit sich.

Die Bundesmittel zur Unterbringung der Ukraine-Vertriebenen seien nicht auskömmlich. „Der Markt ist in NRW aus den Fugen geraten, die Energiekosten steigen eklatant“, mahnte der Vorsitzende des Finanzausschusses des Landkreistags NRW, Tim Grüttemeier. „Hier müssen Bund und Länder nachjustieren.“ Zudem blieben stetig steigende Sozialausgaben ein dauerhaftes Problem für die Kommunen. Er forderte von der Bundespolitik eine stabilere Finanzierungsgrundlage. Andernfalls könnten die örtlichen Träger die Soziallasten nicht mehr stemmen. Am Donnerstag hatte bereits der Städtetag auf eine schnelle Lösung für die milliardenschweren Altschulden gedrungen. Die Städte in NRW bezifferten die Lasten auf rund 21 Milliarden Euro. Auch sie hatten gewarnt, dass sie ohne Landeshilfe nicht zu den nötigen Investitionen in der Lage seien.



Der Kölner Erzbischof Kardinal Rainer Maria Woelki FOTO: DPA